

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/18

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 31. März 1955 bis zum 25. April 1957

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

31.03.1955

UdSSR: Die Sowjets beschließen die Rückgabe von Gemälden der Dresdner Galerie.

01.04.1955

SBZ: Die SED gründet am 1. April 1955 das "Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die nationalen Gedenkstätten in der SBZ (x009/302-303): >>Unter dem Namen "Nationale Gedenkstätten" errichteten die SED und das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer Aufmarschstätten bei einstigen Konzentrationslagern der NS-Ära, wobei sie die Tatsache unterschlugen, daß die Sowjetunion nach dem Zusammenbruch ebenfalls, z.T. in den selben Lagern viele Zehntausende politischer Häftlinge verhungern ließ. ...

Ravensbrück wurde September 1958, Sachsenhausen April 1961 als Nationale Gedenkstätte proklamiert. - Im April 1961 eröffnete die SED in Gotha eine "Nationale Gedenkstätte der Geschichte der Arbeiterbewegung".<<

Berlin: Karl Wilhelm Fricke wird am 1. April 1955 durch den Staatssicherheitsdienst (SSD) aus West-Berlin entführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Methoden des Staatssicherheitsdienstes der SBZ (x009/284): >>Der Staatssicherheitsdienst (SSD) hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des Menschenraubes begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in Berlin West aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen.

Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Straße. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt (Alfred Weiland, Karl Wilhelm Fricke) und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei der Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubes berichtet. Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt.

Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 196 Fälle von Menschenraub im Auftrag des SSD registriert.

Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Straße), des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Walter Linse (1952 in West-Berlin; Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vorsitzenden der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kommissars Silvester Murau (1955 mit Hilfe der Tochter aus der Bundesrepublik verschleppt), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspektors der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin).

Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefaßt und vom West-Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu 10 Jahren Zuchthaus, ... Tietze und Horeis (Fall Murau) zu 10 und 12 Jahren Zuchthaus.<<

16.04.1955

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000)

mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

18.04.1955

Polen: Der polnische Staatsrat erläßt am 18. April 1955 ein Gesetz über die Eigentumsverleihung sowie über die Regelung anderer mit der Bodenreform und mit der landwirtschaftlichen Ansiedlung verbundener Fragen (x003/501-505): >>Abschnitt 1.

Die Verleihung des Eigentums an Pächter.

Art. 1 Staatliche Liegenschaften, die von Landwirten auf Grund eines Pachtvertrages seit mindestens drei Jahren vor Inkrafttreten dieses Dekrets genutzt werden, werden diesen Landwirten oder ihren Rechtsnachfolgern auf Antrag übereignet, sofern sie diese Liegenschaften bewirtschaften. ...

Art. 4. 1. Über die Verleihung des Eigentums einer Liegenschaft sowie über den Erwerbspreis befindet das Präsidium des Kreis-Nationalrates.

2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Staat.

Abschnitt 2.

Die Verleihung des Eigentums an andere Besitzer von Liegenschaften.

... Art. 6 1. Personen, welche staatliche Liegenschaften innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete bewirtschaften, gelten als Eigentümer dieser Liegenschaften, wenn sie die polnische Staatsbürgerschaft erworben haben und Familienmitglieder des vorherigen Eigentümers sind, welcher das Eigentum der Liegenschaft wegen Nichterlangung der polnischen Staatsbürgerschaft verloren hat. ...

Abschnitt 3.

Die Befreiung der Repatrianten von der Bezahlung.

Art. 12. 1. Repatrianten, die nach internationalen Verträgen als Ersatz für ihre im Ausland zurückgelassenen Liegenschaften im Inland Liegenschaften erhalten sollen, sind von der Bezahlung des Erwerbspreises, ohne Verrechnung oder Abschätzung, für die ihnen verliehenen staatlichen Liegenschaften befreit. ...

Abschnitt 4.

Die Regelung des Eigentums von verlassenen Wirtschaften.

Art. 15. 1. Landwirtschaften (Arbeiter-, Handwerkerparzellen usw.), die auf Grund der Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform oder über die Agrarverfassung und Ansiedlung erworben wurden, jedoch vom Eigentümer vor dem Inkrafttreten dieses Dekrets verlassen wurden, gehen kraft Gesetzes ohne Entschädigung und frei von Lasten, mit Ausnahme von Grunddienstbarkeiten, in das Eigentum des Staates über. ...

Abschnitt 5.

Gemeinsame Bestimmungen.

... Art. 18 1. Bei der Verleihung des Eigentums an einer Liegenschaft auf Grund dieses Dekrets sowie nach den Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform darf die Fläche einer Landwirtschaft 15 ha und die Fläche einer Zuchtwirtschaft in Gebirgsgegenden 20 ha nicht überschreiten. ...

Art. 21 Der Erwerb des Eigentums von Liegenschaften nach den Vorschriften dieses Dekrets unterliegt nicht der Vermögenserwerbsteuer. ...<<

01.05.1955

DDR: Die Kampfgruppen der SED und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) stehen erstmalig im Vordergrund der Mai-Veranstaltungen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kampfgruppen der SBZ (x009/208-209): >>Militärähnliche Verbände der SED in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Behörden, Schulen und Anstalten aller Art, 1952 zunächst in Großbetrieben der Volkseigenen Industrie in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Der damals übliche Name Betriebskampfgruppen ist veraltet). Unter dem Eindruck des Juni-

Aufstandes betrieb die SED die Aufstellung bewaffneter Kampfverbände, Angehörige der KVP, der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), vor allem der Deutschen Volkspolizei waren als Ausbilder tätig. ...

... Die Kampfgruppen sollen, so heißt es, zu kampfkraftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... innerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren (damit verlangte die SED sinngemäß den Einsatz der Kampfgruppen an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war). Den Kampfgruppen werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während die GST die jüngeren Jahrgänge ausbildet.<<

03.05.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

05.05.1955

BRD: Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: **Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte.** Das Besatzungsstatut entfällt (Ausnahmen: Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage).

Bundeskanzler Adenauer erklärt nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242):
>>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ... Freiheit verpflichtet. Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

07.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland tritt der Westeuropäischen Union bei.

09.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland wird Mitglied der NATO.

14.05.1955

Polen: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrebemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

DDR: Das ZK der SED gibt die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte (Nationale Volksarmee) bekannt.

Österreich: Die 4 Siegermächte schließen einen Friedensvertrag mit Österreich. Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

18.05.1955

DDR: Die SED läßt ein "Amt für Jugendfragen" einrichten.

25.05.1955

Rumänien: Zwangsumgesiedelte Volksdeutsche in Elisabethstadt, Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der E. H. (x007/407-408): >>Als dann im Jahre 1955 die Erlaubnis kam, wieder nach Kronstadt zu gehen, war die Freude groß.

Unermüdlich hatten die umgesiedelten Deutschen ihre Bittgesuche an die verschiedenen rumänischen Ministerien gerichtet und hatten sich die Erlaubnis für Sonderfahrten nach Bukarest erbeten. Andererseits hatten auch z.B. die Betriebe in Kronstadt beharrlich immer wieder ihre gut eingearbeiteten und verlässlichen Fachkräfte angefordert. So hatte ein großer Teil sofort wieder in Kronstadt die Möglichkeit, seinen früheren Beruf fortzusetzen. Die Wohnungsfrage war jedoch ein großes Problem, so daß viele nicht nach Kronstadt zurückkehren konnten. Wer Beziehungen oder genügend Geld hatte, schaffte es dann doch, ... aber niemand kam in seine frühere Wohnung zurück.

Inzwischen war ein Mieterschutzgesetz in Kraft getreten, wonach niemand mehr aus der Wohnung geworfen werden durfte. Es war besonders für die Deutschen eine Erlösung, weil sie ständig in Angst lebten, daß jemand vom Wohnungsamt kam und sie über Nacht aus der Wohnung trieb. ... Viele Rückkehrer mußten ungeheure Summen aufbringen, um die Abtretungskosten für eine Wohnung bzw. ein altes baufälliges Zimmer zahlen zu können. Oftmals bekam man auch nur ein halbes Zimmer, das mit Schränken oder Vorhängen geteilt wurde. In jeder Hälfte wohnten wildfremde Menschen. ...<<

18.06.1955

DDR: Der FDGB beschließt auf dem 4. Bundeskongreß eine neue Satzung. In der Präambel heißt es (x009/123): >>Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Klassenorganisation der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse, die in festem Bündnis mit den werktätigen Bauern steht, und bekennt sich zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei der deutschen Arbeiterklasse.<<

25.06.1955

USA: Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (stellvertretender Staatssekretär im US-State Departement) erklärt in einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen. Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten.<<

Juni/Juli 1955

DDR: Das SED-Regime begnadigt Mitte 1955 erstmalig "politische Verbrecher" (x009/398): >>Mitte 1955 setzte Wilhelm Pieck erstmalig einen Teil der unmenschlich hohen Strafen herab. Diese Straferabsetzungen hatten keine Haftentlassungen zur Folge.

Auch nach dem "Gnadenerlaß" blieben in der Regel noch Reststrafen von 2 bis 5 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. ...<<

03.08.1955

DDR: Das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt die deutsche Volkspolizei am 3. August 1955, "Vertrauensleute" anzuwerben (x009/411): >>Im August 1955 wurden auch die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - "System von Vertrauenspersonen" aufzubauen. "Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind.

Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu

erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen" (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der deutschen Volkspolizei vom 3.8.1955). Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschließlich aus Freiwilligen zusammen.

Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlaß für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfang erfüllen.

Die GI der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, daß, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird. Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwaltung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, daß die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Spitzelwesen in der SBZ (x009/410-411): >>Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist. Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des SSD erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll.

Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die SED und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Spitzelwesen: "Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse." Das neue FDJ-Statut z.B. verpflichtet jedes FDJ-Mitglied zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.

Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gemachten Informationen landen bei den "Organen der Staatssicherheit". Diese nennen ihre Spitzel "Geheime Informanten" (GI). Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z.B. in einem VEB, im Sekretariat einer Partei usw., d.h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem SSD notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet.

Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden. Über ihre Beobachtungen haben sie ihre Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des SSD sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als GI verwendet werden, denen die Bevölkerung wegen ihrer dienstlichen oder parteipolitischen Tätigkeit nicht mit besonderer Zurückhaltung begegnet.

Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befindet sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein "freiwilliger Mitarbeiter", dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen "Kandidaten" angewendet, indem z.B. Kenntnis von "kriminellen Verfehlungen" oder "negativen politischen Äußerungen" behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämie!) gearbeitet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Revolutionäre Wachsamkeit" in der SBZ (x009/472): >>Die bolschewistische Forderung an alle Menschen in einem kommunistischen Staat, zur Entlarvung und Bestrafung von "Agenten", "Saboteuren" und allen Feinden des Systems durch Mitteilung über ihre Tätigkeiten und ihre Auffassungen an die staatlichen Sicherheitsorgane beizutragen, wird im Parteijargon als revolutionäre Wachsamkeit bezeichnet.

Mitglieder kommunistischer Parteien in allen Ländern haben überdies revolutionäre Wachsamkeit zu entfalten, um das Eindringen "partei-feindlicher Elemente" und antibolschewistischer Auffassungen in die Partei zu verhindern. ...<<

18.08.1955

DDR: Der Ministerrat ordnet die Bildung von handwerklichen Produktionsgenossenschaften an.

01.09.1955

DDR: Anstatt der bisherigen 8klassigen Grundschule wird die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule zur Pflichtschule.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Erziehungswesen in der SBZ (x009/117-118): >>Das in der Stalin-Ära aufgebaute öffentliche Erziehungswesen, dessen Kern die damals geschaffene kommunistische Lernschule war, ist seit 1955 weitgehend reorganisiert worden. ...

An die Stelle der 8klassigen Grundschule tritt die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Pflichtschule. Sie hat zusammen mit den sonstigen Formen des Schul- und Hochschulwesens die Aufgabe, Erziehung und Bildung aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. ...

... Die Schule hat zusammen mit anderen Institutionen des Erziehungswesens die Aufgabe, "Kinder und Jugendliche auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft" vorzubereiten.

Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein Erziehungswesen, das dem Modell der kommunistischen Ordnung angepaßt ist.

1. Das Erziehungswesen ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger "Parteilichkeit".

2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationalen Charakter der kommunistischen Ordnung angepaßt. Lernen ist Training in der Sollerfüllung.

3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommunistischen Herrschaftsordnung entsprechen.

4. Der Lehrstoff der Schulen, Hochschulen u.a. entspricht der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft.

5. Das Erziehungswesen richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe.

6. Das kommunistische Erziehungswesen arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z.B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt.

7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der Lehrerschaft und der FDJ unterstützt.

8. Das öffentliche Erziehungswesen, kontrolliert von der SED, entscheidet immer mehr über die zukünftige Position und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum.

Wohl soll die Schulleistung bei der Auslese immer stärker bewertet werden, aber nur im Zusammenhang mit der geforderten politischen Loyalität und der Herkunft (bevorzugte Behandlung von Arbeiter- und Bauernkindern). ... Der Intensivierung der Erziehung dient auch die für die nahe Zukunft projektierte Entwicklung von Ganztagschulen durch Ausbau der Schulhor-te. ...

Es ist nicht zu bestreiten, daß die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der "gesellschaftlichen Umwälzung"; sie nötigt die kommuni-

stische Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des Erziehungswesens zu liquidieren bzw. zu manipulieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugenderziehung in der SBZ (x009/199): >>Die Bolschewisten legen, wie alle politischen Herrschaftssysteme, die darauf bedacht sind, die bestehende Gesellschaft durchgreifend neu zu ordnen, besonderes Gewicht darauf, die Jugend, die nicht durch Bildungserlebnisse und Welterfahrung vorgeformt ist, für sich zu gewinnen. ...

Von den 3 wesentlichsten Einfluß- und Bildungsquellen, die zur Profilierung der jungen Generation beitragen: Elternhaus, Schule und Jugendorganisation sind die beiden letzteren völlig in der Hand der politischen Führung, die Schule allerdings weit mehr durch die Gestaltung der Lehrpläne und die Aktivität der bolschewistischen Jugendorganisation (Junge Pioniere) als durch die zu einem erheblichen Teil dem Regime immer noch reserviert gegenüberstehende Lehrerschaft.

Es kann als typisch gelten, daß Schüler und Lehrer in den "gesellschaftswissenschaftlichen" Unterrichtsfächern einander bewußt "parteiliche" Überzeugtheit vorheucheln. Die Jugendlichen lernen mithin schon in der Schulzeit, taktisch erwünscht statt spontan und ehrlich zu reagieren, sich anzupassen und aus Opportunitätsgründen Ansichten zu vertreten, die nicht die ihren sind. Das hat mit echter Bewußtseinsbildung nur bedingt etwas zu tun. ...

Mit mancherlei Methoden sucht man auf die Jugend schon im Vorschul- und Schulalter einzuwirken, so sollen die Kinder möglichst schon vor der Schulzeit in politisch beeinflussten Kindergärten, sodann - neben der Schule einher - in Horten und durch die Organisationen der FDJ, die auch die Feriengestaltung übernimmt und kollektiviert (Ferienaktion), dem Elternhaus entfremdet werden (Familienpolitik); doch ist diese generelle Erfassung nur bedingt erfolgreich.

Zwar hat die FDJ etwa 90 % der unter 14jährigen erfaßt, aber diese nur dadurch, daß Sport, Spiel und Basteleien und nicht politische Indoktrination im Vordergrund stehen. ...<<

10.09.1955

Berlin: Die Vertreter aller deutschen Landsmannschaften veröffentlichen am 10. September 1955 die "Berliner EntschlieÙung" (x155/50): >>... 2. Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß allen Völkern Europas werden.

3. Das durch das internationale Recht und die Atlantik-Charta verbürgte Selbstbestimmungsrecht, das Recht jeden Volkes, seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit sich selbst zu geben, gilt für alle Völker, auch für das deutsche Volk.

4. Millionen Menschen ist unter Bruch menschlichen Rechtes und aller göttlichen und sittlichen Gesetze die Heimat geraubt worden. Das Recht auf Heimat muß als ein Menschenrecht von allen Völkern anerkannt und verwirklicht werden.

5. Jedem Volk gebührt das Recht, in voller Freiheit seine eigenen Werte zu bewahren, zu entwickeln und dadurch seinen Beitrag zur Kultur der Menschheit zu leisten. ...<<

14.09.1955

UdSSR: Eine deutsche Regierungsdelegation unter Leitung des Bundeskanzlers reist vom 8. bis 14. September 1955 nach Moskau, um diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Während der Verhandlungen kündigt die sowjetische Regierung die Heimkehr von fast 10.000 deutschen Kriegsgefangenen an.

Beim Abschluß der Moskauer Verhandlungen behauptet die Bundesrepublik Deutschland ihren Rechtsstandpunkt, daß die endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze einem Friedensvertrag vorbehalten bleibt, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden muß (x125/9).

Bundeskanzler Adenauer übergibt ein Zusatzschreiben, das von der sowjetischen Regierung inhaltlich abgelehnt wird (x155/51): >>1. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten. ...<<

15.09.1955

DDR: Das SED-Regime erläßt eine Verordnung zum Schutze der Jugend, um die "Schund- und Schmutzliteratur" zu bekämpfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Schund- und Schmutzliteratur (x009/386): >>Die Lenkung der gesamten literarischen Produktion gibt dem SBZ-Regime die Handhaben, das Erscheinen von Schmutzliteratur im engeren Sinne zu verhindern; zur Schund- und Schmutzliteratur werden aber nicht nur minderwertige Kriminal- und Sexualschmöker, sondern auch Schriften gerechnet, die "den moralischen und politischen Anschauungen der Werktätigen widersprechen"; Erwachsene, die in diesem überaus dehnbaren Sinne die "sozialistische Bewußtseinsbildung" der Jugend gefährden, sollen zur Verantwortung gezogen werden (VO zum Schutze der Jugend vom 15.9.1955).

Im Sinne dieser Verordnung können sogar westdeutsche Tageszeitungen als Schund- und Schmutzliteratur behandelt werden, während Hetzliteratur kommunistischer Tendenz natürlich nicht als solches gilt, sondern sogar von einigen Ministerien in eigenen Verlagen herausgebracht und verbreitet wird.<<

20.09.1955

UdSSR: Der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR bestätigt am 20. September 1955 die "Souveränität" der DDR und nennt sie "frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik".

Die Besetzung der SBZ wird als "zeitweilig ... mit Zustimmung der Regierung der DDR" bezeichnet (x009/50).

DDR: Das Amt des Hohen Kommissars entfällt und die Kontrollratsbeschlüsse für das Gebiet der SBZ werden außer Kraft gesetzt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Besatzungspolitik in der SBZ (x009/67): >>... Am 20.9.1955 hob die Sowjetunion (unmittelbar nach Abschluß des Moskauer Vertrages mit der DDR) das "Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland" auf und übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der 4 Mächte über Gesamtdeutschland ergeben; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. –

Zugleich setzte die Sowjetunion alle Kontrollratsgesetze u.ä. für die DDR außer Kraft, doch dies "berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der 4 Mächte ergeben". Obwohl dem Buchstaben nach die DDR unabhängig ist, hängt ihr Bestand, auch gegenüber der Bevölkerung Mitteldeutschlands, weitgehend von der Sowjetunion und von der Anwesenheit der sowjetischen Truppen ab.<<

22.09.1955

BRD: Die Bundesregierung bestätigt die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin". Diplomatische Beziehungen zur DDR werden z.B. als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft.

26.09.1955

DDR: Die Volkskammer beschließt am 26.09.1955 eine Verfassungsergänzung. Diese Ergänzung erhebt den Verteidigungsdienst zur "nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR". Die Wehrpflicht wird jedoch zunächst nicht allgemein durchgesetzt (x009/290).

September 1955

BRD: Ein vertriebener Schlesier schreibt im September 1955 kurz vor seinem Selbstmord (x024/251): >>... Seit unserem Zusammenbruch bin ich ein wackliger Mann an Leib und Seele geworden.

Leider gibt es keine Rettung mehr für mich, obgleich ich es in meinem Innern immer erhofft hatte: ein Zurück nach meiner lieben Heimat. ...<<

10.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.

... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstatern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ... Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<

17.10.1955

Berlin: In einem Schreiben vom 17. Oktober 1955 appelliert der evangelische Bischof von Berlin an die Eltern der mitteldeutschen Konfirmanden (x009/215): >>Wer sich konfirmieren lassen will, kann nicht zur Jugendweihe gehen. Hier können wir keine Kompromisse schließen mit dem Atheismus!<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendweihe in der SBZ (x009/202-203): >>Pseudosakraler, atheistischer Festakt, mit dem alle Jugendlichen beim Verlassen der Schule in das "aktive gesellschaftliche Leben" aufgenommen werden sollen.

Der Akt wird durch Jugendstunden vorbereitet, in denen die Jugendlichen in die vulgär-materialistische Weltanschauung des Bolschewismus eingeführt werden. Ihr Themenplan stützt sich vorwiegend auf sowjetische Literatur; aus ihm und aus den Anweisungen für die Leiter geht der atheistische Charakter der Jugendstunden eindeutig hervor.

Bei der Jugendweihe verpflichten die Jugendlichen sich durch ein förmliches Gelöbnis, "ihre ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen" und "mit dem Sowjetvolk ... den Frieden zu sichern und zu verteidigen".

Die Veranstaltungen werden von Ausschüssen getragen, in denen die SED vorherrscht ... Die Jugendweihe soll freiwillig und mit den Kirchenpflichten (Konfirmation, Kommunion) vereinbar sein. Tatsächlich verstehen maßgebliche sowjetische Kommentare die Jugendweihe als eine Verpflichtung auf die materialistische Weltanschauung und den Atheismus, und die Teilnahme aller Kinder an den Jugendstunden und der Jugendweihe wird durch massiven Druck (vor allem über die Volksabteilung der Räte) erzwungen. ...<<

18.10.1955

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss spricht am 18. Oktober 1955 im Grenzdurchgangslager Friedland (x123/5): >>Liebe Landsleute, Heimkehrer aus dem fernen Rußland!

Das Grußwort, das ich für das deutsche Volk zu sprechen habe, kann ganz einfach sein: Ein herzliches Willkommen. ...

Das Mühen um Eure Rückkehr ist durch alle Jahre hindurch für die deutsche Gesamtheit eine bindende Kraft gewesen. Alle Gegensätze zwischen Parteien und Gruppen sind weggesunken, wenn man an das Schicksal derer dachte, die draußen noch litten. ...

Wie waren wir alle froh, für Euch und für uns, daß es dem Bundeskanzler in Moskau dann doch in seiner harten, klaren und doch seelisch erfüllten Zähigkeit gelang, diese Entscheidung Eurer Freigabe zu erreichen! Es war und blieb ein Kampf um die Freiheit der einzelnen Menschen, wie sie aus der tragischen Zerstörung ihres Lebens gerettet werden können, um zugleich ihren Angehörigen, ihren Freunden die innere Ruhe zurückzugeben, um eine ewig schmerzende Reizstelle zur Heilung zu bringen. ...<<

23.10.1955

Frankreich: Bei der Abstimmung über das Saarstatut lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab (x155/52).

31.12.1955

DDR: Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-150): >>31. Dezember 1955. Seit dem Bestehen des Lagers gingen 1.846.288 Menschen durch Friedland, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Ausgewiesene. Davon waren 555.454 Heimkehrer. ...<<

1956

>>Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe, so darf der eine es ungestraft tun, der andere nicht.<< (Publius Terenz)

02.01.1956

BRD: Die Bundeswehr beginnt ihren Dienst.

03.01.1956

DDR: Das Fernsehprogramm des "Deutschen Fernsehfunks" nimmt den offiziellen Sendebetrieb auf.

18.01.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Militärpolitik in der SBZ (x009/290-291): >>Bereits die kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee.

Seit dem 18.1.1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch stärker betont. Sie soll "den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen ... auf der Wacht für die Sicherung des Friedens", so erklärte Stoph am 18.1.1956, als er die Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung ankündigte. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. ...

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

27.01.1956

DDR: Der Techniker W. Heldt und der Elektriker W. Rudert werden am 27. Januar 1956 vom Obersten Gericht der "DDR" wegen Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) zum Tode verurteilt. Nach Protesten der Bundesrepublik Deutschland läßt Pieck

(Präsident der Republik) die Todesstrafe in lebenslängliche Haft im Zuchthaus umwandeln (x009/10-11).

28.01.1956

DDR: Die DDR-Streitkräfte werden in die Streitkräfte des Warschauer Beistandspaktes einbezogen.

30.01.1956

Jugoslawien: Ausreisevorbereitungen eines Volksdeutschen – Erlebnisbericht des Bauern G. R. (x006/631): >>Ich fuhr zur Deutschen Botschaft nach Belgrad, um dort meinen Ausreiseantrag zu stellen.

Um die jugoslawische Staatsangehörigkeit niederzulegen, mußte man 12.000 Dinar bezahlen. Nachdem man den Volksdeutschen bereits das gesamte Vermögen geraubt hatte, mußten sie jetzt noch einmal so viel Lösegeld bezahlen, um das Land verlassen zu können. ...

Danach bemühte ich mich, mein Haus zu verkaufen, aber ich fand keinen Käufer. Der Gemeindevorsteher hatte mir immer versprochen, daß die Gemeinde mein Haus abnehmen würde, falls ich nach Deutschland auswandern könnte. Als die Stunde gekommen war, sagten sie mir aber ins Gesicht: "Warum sollen wir dein schönes Haus kaufen? Wenn du nach Deutschland gehst, mußt du dein Haus doch hier zurücklassen, denn mitnehmen kannst du es ja nicht!"

Ich bat die Deutsche Botschaft in Belgrad um Hilfe. Dort beauftragte man einen jugoslawischen Rechtsanwalt, der mir später schriftlich antwortete: "Es bestehen keine Vorschriften, welche es verbieten, daß sie Ihr Vermögen nach Entlassung aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft nicht verkaufen könnten. Doch Sie sind verpflichtet, die Liegenschaft, welche Sie zu verkaufen beabsichtigen, zuerst der Gemeinde zum Ankauf anzubieten. Die Gemeinde muß Ihnen jenen Kaufpreis zahlen, welcher Ihnen seitens eines Anderen angeboten wurde. Falls die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht nicht ausnutzen will und den Ankauf ablehnt oder auf ihren Brief, in welchem Sie Ihr Angebot gestellt haben, binnen 30 Tagen nicht antworten, so können Sie die Liegenschaft aus freier Hand verkaufen.

Ein Transfer des Erlösbetrages ins Ausland ist nicht gestattet und wird auch nicht genehmigt. ... Die deutsche Botschaft in Belgrad kann Ihnen diesbezüglich gar keine Unterstützung gewähren."

Ein Beamter der Deutschen Botschaft sagte mir ferner: "Wenn man Ihr Haus nicht kaufen will, so können sie es ja an die Gemeinde oder an den Staat verschenken. Es ist dann jedoch für immer verloren. So lange sie noch unbewegliches Eigentum besitzen, erhalten sie keine Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit."

Der Botschaftsbeamte gab mir schließlich den Rat, mein Haus einer bekannten Person zu schenken. ... So schenkte ich mein Haus einem Verwandten.<<

31.01.1956

BRD: Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

15.02.1956

Berlin: Das SED-Regime verbietet den Religionsunterricht an Ost-Berliner Oberschulen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/215): >>Die scharfen Maßnahmen gegen kirchliche Jugendorganisationen und die am 15.2.1956 verfügte Behinderung des Religionsunterrichtes an den Schulen Ost-Berlins (Verbot des Religionsunterrichtes an den Oberschulen) zeigten erneut, wo die Hauptangriffe gegen die Kirchen geführt wurden.<<

21.02.1956

Rumänien: In der Rumänischen Volksrepublik finden am 21. Februar 1956 allgemeine Volkszählungen statt. Bei dieser Zählung geben 391.388 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als Muttersprache an (x007/119E).

25.02.1956

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1. Sekretär des ZK der KPdSU) kritisiert im Verlauf des XX. Parteitages erstmalig den Stalinismus.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Tauwetter" in der Sowjetunion (x009/436): >>Im Westen geläufige Bezeichnung für die bisher umfassendste geistig-politische Oppositionswelle gegen bolschewistische Einseitigkeit in Herrschaftsausübung und Doktrin.

Als "Tauwetter" nach einem für diese Haltung repräsentativen Roman des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg genannt, begann die Oppositionsbewegung Anfang 1956, ausgelöst durch die scharfen Angriffe Chruschtschows und Mikojans auf entscheidende Elemente des Stalinismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU.<<

15.03.1956

DDR: Die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" wird erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/431): >>Obwohl die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" vom 15.3.1956 ausdrücklich vorschreibt, daß die Kosten, die beim Vollzug einer Freiheitsstrafe entstehen (Haftkosten), nicht mehr erhoben werden, werden den arbeitenden Gefangenen sehr erhebliche Abzüge für "Unterkunft, Verpflegung und Bewachung" gemacht, die bis zu 75 % des Arbeitslohnes erreichen.<<

01.04.1956

DDR: Die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge tritt in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Sozialfürsorge in der SBZ (x009/398-399): >>Seit dem 1.4.1956 gilt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge ...

Danach wird Sozialfürsorge für alle hilfsbedürftigen Personen, einschließlich Personen, die keine Zahlungen aus der Sozialversicherung erhalten, gewährt. Als hilfsbedürftig im Sinne der Sozialfürsorge wird angesehen, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine arbeitsunfähigen Familienangehörigen nicht verdienen kann und keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhält oder erhalten kann.

Als hilfsbedürftig gilt nicht, wer arbeitsfähig ist und eine zumutbare Arbeit ablehnt. Hilfeleistung aus den Mitteln der Sozialfürsorge wird nicht gewährt in den Fällen, in denen der Hilfsbedürftige Einnahmen aus seinem Vermögen hat oder ihm eine Hilfeleistung in Höhe des für den betreffenden Ort festgesetzten Existenzminimums durch Dritte gewährt wird, die zum Unterhalt des Hilfsbedürftigen gesetzlich verpflichtet sind. Die Sozialfürsorge wird durch die Räte der Gemeinden gewährt. Die Sozialfürsorge untersteht dem Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabteilung Sozialwesen. Die Referate Sozialfürsorge entscheiden über die Hilfsbedürftigkeit. ...

Die Sozialfürsorge gliedert sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeits- und Sozialpolitik ein, d.h.: auch sie wird in die Wirtschaftsplanung einbezogen: "... Wir können nicht einen Plan aufstellen, der die Zahl der Hilfsbedürftigen in der Sozialfürsorge für die Plandauer um einen bestimmten Prozentsatz reduziert, aber wir müssen den Personenkreis der Hilfsbedürftigen in seiner Zusammensetzung dauernd nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen überprüfen und kontrollieren, um sie den Organen für Arbeitsreserven in der Staatlichen Planung zur Kenntnis zu bringen" ("Arbeit und Sozialfürsorge", S. 328).

Die Sozialfürsorge ist daher nicht karitativ, sondern produktiv: "Sie unterscheidet sich grundsätzlich von dem Begriff der bisherigen Wohlfahrtspflege, indem sie sich zu einer produktiven

Fürsorge entwickelt hat, deren erste Maßnahmen im Arbeitsamt beginnen. So stehen Berufsausbildung, Umschulung und der Arbeitsplatznachweis an vorderster Stelle fürsorgerischer Maßnahmen, die durch die Organe der Kreisverwaltungen angestrebt und durchgeführt wurden" ("Arbeit und Sozialfürsorge", Ost-Berlin, S.327).

Die Barunterstützungen sind deshalb gering und betragen für Hauptunterstützungsempfänger 85 Deutsche Mark Ost, für ihre erwachsenen Angehörigen 30 Deutsche Mark Ost, für ein Kind 35 Deutsche Mark Ost monatlich. ...

... Auch hier wird, wie in der Sozialversicherung die Tendenz deutlich, möglichst viele Menschen zur Arbeit zu zwingen.

Das Referat Sozialfürsorge betreut außer den Unterstützungsempfängern die Insassen von Alters-, Pflege- und Siechen- sowie Blindenheimen, für die ganz oder teilweise die Kosten der Heimaufnahme von den Angehörigen nicht getragen werden können. Die Bewohner der Heime erhalten neben Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung ein geringes monatliches Taschengeld. Auch die Betreuung der Haftentlassenen gehört zum Aufgabengebiet des Referats. Praktisch geschieht in dieser Beziehung sehr wenig. Die Sozialfürsorge zahlt ferner an Arbeitslose Differenzbeträge bis zur Höhe der Fürsorgesätze.<<

06.05.1956

DDR: Das ZK der SED stellt klar, daß bei einer Wiedervereinigung die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben müssen.

11.06.1956

DDR: Die SED-Regierung ruft alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge auf, in die DDR zurückzukehren.

BRD: Der Bund der Vertriebenen (BvD) und der Verband der Landsmannschaften fordern zum "Tag der deutschen Heimat 1956" die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Heimatrecht (x155/53-55): >>... Einem Volke wird von anderen Völkern nichts geschenkt es selbst muß in der Völkerfamilie sich Gehör und Anerkennung verschaffen. ... Für uns Deutsche ist die Selbstbestimmung noch lange nicht verwirklicht!

... "Heimat" umfaßt für uns die seit Generationen gewohnte Umgebung von Landschaft, Dorf, Stadt, von Nachbarn, Sitte, Brauchtum, von Beruf und Existenz. Sie umfaßt Materielles und Seelisches, ohne die der Mensch nicht leben kann. ...

Als Deutschland 1945 am Boden lag, bestimmten die Siegermächte in Ost und West die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. ... Die Siegermächte bestimmten und sanktionierten ferner die Austreibung von vielen Millionen Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den volksdeutschen Heimatgebieten außerhalb der Reichsgrenzen ... Aber die 4 Siegermächte erklärten gleichzeitig - und zwar am 5. Juni 1945 -, daß sie die Grenzen Deutschlands später festlegen würden! ...

Diese Auffassung ist von westlichen Staatsmännern wiederholt bestätigt worden. Es ist bedeutsam, gerade in diesen Septembertagen daran zu erinnern, daß vor 10 Jahren der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 ausdrücklich erklärte, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenze erst bei Gelegenheit der Friedensregelung erfolgen solle. Von hier ab datiert der Umschwung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der mit eine Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg war. ...

Ganz anders die Sowjetunion und die von ihr abhängige Regierung in der Sowjetzone. Am 6. Juni unterzeichneten die verantwortlichen Staatsmänner dieser Regierung in Warschau eine Deklaration und ein deutsch-polnisches Grenzabkommen, wonach die Oder-Neiße-Linie eine unverletzliche Friedens- und Freundschaftsgrenze sei. ...

Schon am Tage darauf erklärte das britische Auswärtige Amt, die Sowjetzonenregierung sei gar nicht befugt, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen zu überlassen; Großbritannien

sei nicht der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig sei. Und am 8. Juni sprach sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ähnlichem Sinne aus. ...

Ein Lichtblick ist für uns die Entwicklung im Saargebiet. Dort hat sich trotz heftiger Widerstände und trotz manchem bedenklichen Schweigen das Selbstbestimmungsrecht doch Bahn gebrochen. Die Saar kehrt zurück, so wie es dem Willen der dortigen Bevölkerung entspricht. ...<<

28.06.1956

BRD: In einer Erklärung der deutschen Bundesregierung heißt es (x024/281): >>Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder in der Unfreiheit lebenden Menschen und Völker.<<

30.06.1956

Polen: In Posen bricht Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus. Der Aufstand wird durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschlagen.

01.07.1956

DDR: Fast alle ehemaligen Offiziere der Deutschen Wehrmacht werden aus den Kommandostellen der Nationalen Volksarmee entfernt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Militärpolitik in der SBZ (x009/291): >>Die zielbewußte Militärpolitik der SED hat der Armee und den Polizeitruppen eine beträchtliche Kampfkraft gegeben. Dies gilt auch für große Teile der ... Milizen. Man darf diese Gefahr für die nichtkommunistische Welt nicht unterschätzen.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das unablässige Bemühen der SED, aus der Armee (und den Polizeitruppen wie den Milizen) eine starr kommunistische Parteiarmee zu machen, schwere Konflikte in die Armee trägt. Es führt zu schweren Spannungen mit den soldatischen Kräften der Armee und den menschlich-freiheitlichen Elementen unter den Soldaten und auch Offizieren.

Die nicht geringe Zahl jener Soldaten und Polizeisoldaten, die in die Bundesrepublik fliehen, ist aufschlußreich. So verschärfen sich seit Mitte 1956 die schon lange bestehenden Unstimmigkeiten zwischen jenen Offizieren, die mehr militärisch als parteipolitisch denken, und den vorwiegend kommunistisch geschulten Offizieren und Polit-Offizieren. Fast alle Offiziere, die aus der Deutschen Wehrmacht stammen und die KVP mitaufgebaut haben, wurden ... aus Kommandostellen entfernt, nicht wenige entlassen.<<

07.07.1956

BRD: Der Bundestag beschließt ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

17.07.1956

DDR: Um die Finanz- und Wirtschaftsnot der SBZ zu beheben und um sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, erläßt die UdSSR dem SED-Regime am 17. Juli 1956 die Hälfte der Besatzungskosten und gewährt zusätzlich beträchtliche Kredite.

29.07.1956

DDR: Das ZK der SED hebt die Haftstrafen für ehemalige Parteimitglieder (Ackermann, Dahlem, Jendretzky u.a.) auf und rehabilitiert sie.

06.08.1956

DDR: Das SED-Regime erläßt eine Anordnung, um den Lehrermangel zu beheben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/258): >>Der wachsende Lehrerbedarf hat zu Bemühungen um die Heranziehung von Produktionsarbeitern zum Lehrstudium der ersten beiden Kategorien geführt (Anordnung vom 6.8.1956). Vielfach haben sie Vorkurse durchlaufen.

Die Absolventen der angeführten Studiengänge, aber auch der Pädagogischen Schulen für Kindergärten und der Institute für Heim- und Horterzieher haben eine 2jährige Probezeit zu absolvieren, die evtl. auf ein Jahr verkürzt werden kann. ...<<

17.08.1956

BRD: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die KPD (x009/229-230): >>... Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft (mit der SED) und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abteilung beim ZK der SED und schließlich von der Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit angeleitet.

Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielten sie nur 2,2 % aller abgegebenen Stimmen. ... Der 1. Sekretär, Max Reimann, sowie alle anderen Mitglieder des Politbüros der KPD halten sich in der SBZ auf. Die Finanzierung erfolgt durch die SED.

Die in der SED-Presse erscheinenden Berichte über KPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden alle größeren Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt.

Zur Zeit ihres Verbots hatte die KPD zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder, von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig ist. (1947: 324.000 KPD-Mitglieder). Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Millionen DM West. ...<<

30.08.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt 2 Gesetze zur "Demokratisierung" an.

04.09.1956

BRD: Dr. Kather erklärt am 4. September 1956 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/56): >>... Die Selbstbestimmung ist als Prinzip des Völkerrechts weitgehend anerkannt. Auf dieses Prinzip darf sich jedoch nur berufen, wer bereit ist, es umfassend und allgemein gelten zu lassen und zu verwirklichen. Wer es nur einseitigen Machtinteressen dienstbar machen will, der verfälscht und mißbraucht heiliges Menschenrecht.

... Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und die Lostrennung von Gebieten, die jahrhundertlang dem deutschen Staatsverband angehörten, ohne Befragung der Bevölkerung, haben das Prinzip der Selbstbestimmung in einem noch nicht dagewesenen barbarischen Ausmaße verletzt. ...<<

30.09.1956

BRD: In Westdeutschland ist die Wohnungsnot längst noch nicht behoben. Es fehlen rd. 2 Millionen Wohnungen.

20.10.1956

Polen: Gomulka (während der Stalinära zeitweise in Gefängnishaft) wird zum 1. ZK-Sekretär gewählt und setzt sich für einen gemäßigten Reformkurs ein ("polnischer Frühling im Oktober").

23.10.1956

Ungarn: Die Studentenunruhen in Budapest entwickeln sich zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

24.10.1956

Polen: ZK-Sekretär Gomulka erklärt während einer Massenveranstaltung in Warschau (x125/175): >>Solange es Stützpunkte der NATO in Westdeutschland gibt, solange die neue

Wehrmacht dort aufgerichtet wird und Chauvinismus und Revanchismus gegen unsere Grenzen anstiftet, entspricht die Anwesenheit der Sowjetarmee in Deutschland unserer höchsten Staatsräson. ...

In dieser Lage sollten wir mit größter Entschlossenheit allen Versuchen einer antisowjetischen Agitation Widerstand leisten, die durch reaktionäre und volksfeindliche Kräfte unternommen wird, sowie allen Manövern der internationalen Reaktion, welche das Bündnis zwischen unseren brüderlichen Nationen schwächen wollen.<<

04.11.1956

Ungarn: Der ungarische Sender "Petöfi" ruft am 4. November 1956 das Ausland um Hilfe (x128/73): >>Völker der Welt! Hört uns - helft uns!

Nicht mit Erklärungen, sondern mit Taten, mit Soldaten, mit Waffen! Vergeßt nicht, daß es für die Sowjets bei ihrem brutalen Ansturm kein Halten gibt. Wenn wir untergegangen sind, werdet ihr das nächste Opfer sein. Rettet unsere Seelen! ...

Völker der Welt! Im Namen der Gerechtigkeit, der Freiheit und des verpflichtenden Prinzips der tatkräftigen Solidarität, helft uns! Das Schiff sinkt, das Licht schwindet, die Schatten werden von Stunde zu Stunde dunkler über der Erde Ungarns. Hört den Schrei, Völker der Welt, und handelt. Reicht uns Eure brüderliche Hand. SOS! SOS!

Gott sei mich Euch!<<

Der ungarische Volksaufstand (Demokratisierungsbemühungen und Kündigung des Warschauer Paktes) wird von sowjetischen Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen ins Ausland.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volksaufstand in Ungarn (x009/436): >>Politische Höhepunkte der auf Liberalisierung und Revision der bolschewistischen Dogmen und der bolschewistischen Herrschaftsausübung gerichteten Gegenbewegung waren die im Oktober 1956 in Ungarn gipfelnden Partei- und Volkserhebungen gegen die Stalinisten in den eigenen Führungen und den Hegemonieanspruch der UdSSR.

Während in Polen ein Kompromiß zustande kam, wurde die zum Bürgerkrieg entwickelte ungarische Erhebung blutig niedergeschlagen. Von da an wurde die Liberalisierungswelle des Tauwetters, die zunächst auch in den politischen, wissenschaftlichen und literarischen Führungskreisen der UdSSR eine gewisse Resonanz hatte, von der gesamten bolschewistischen Führerschaft entschlossen bekämpft, da diese - sicher zu Recht - für den Fall weiterer Nachgiebigkeit um die Existenz ihrer Regime bangen mußte. Lediglich in Polen und z.T. in Ungarn hat sich eine gewisse bis heute fortdauernde Liberalisierung behauptet.

In der SBZ war das Tauwetter im wesentlichen auf den Bereich der theoretischen Auseinandersetzungen beschränkt. ... Nach dem ungarischen Zusammenbruch hat sich auch in der SBZ die radikale Gruppe Ulbrichts wieder mit sowjetischer Hilfe voll durchsetzen können. Eine Kampagne zur scharfen Reglementierung von Wissenschaft, Kunst und Hochschulwesen lief an.<<

08.11.1956

BRD: Bundeskanzler Adenauer erläutert in seiner Regierungserklärung die deutsch-polnischen Gegensätze (x125/131): >>... Unter einem "freien Polen" mit dem wir zu geordneten Beziehungen und zur Regelung aller Streitfragen zu kommen wünschen, verstehe ich ein Polen, das die volle Verfügungsgewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten besitzt. ...<<

14.11.1956

UdSSR: Sowjetisch-polnische Verhandlungen über die Stationierung sowjetischer Truppen in Polen (x125/177-178): >>Gomulka nahm den sowjetischen Führern ihre wichtigsten Argumente vorweg, als er bereits auf dem Bahnhof in Moskau erklärte, Polen sei, weil die westli-

che Welt die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkenne, auf die Freundschaft der UdSSR angewiesen. ...

Da der östliche Bundesgenosse der einzig Garant seiner staatlichen Existenz sei, müsse es, solange die seine westlichen Grenzen bedrohende internationale Lage (NATO) bestehe, mit der Stationierung sowjetischer Truppen auf polnischem Territorium einverstanden sein.<<

DDR: Während der 29. Sitzung verlangt das ZK der SED, daß die Kampfgruppen eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf" erhalten sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kampfgruppen der SBZ (x009/209): >>Nach dem Volksaufstand in Ungarn verlangte das ZK der SED auf seiner 29. Sitzung (14.11.1956) eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf". Die Kampfgruppen lösen, so wurde betont, ihre Aufgaben "gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee".

...

... Die Kampfgruppenkommandeure und Unterführer werden teils von der NVA, teils in besonderen Schulen ausgebildet. Auch ehemalige Offiziere der NVA werden in die Stäbe der Kampfgruppen aufgenommen, um das Kampfgruppen-Führerkorps zu heben. Verantwortliche Ausbilder sind Instrukteure der Volkspolizei, die SED-Mitglieder sein müssen. Politkommis-sare einer jeden Einheit ist der Sekretär der zuständigen Parteileitung. Frauen werden nur als Sanitäterinnen eingesetzt. Ausbildung: 4 Stunden wöchentlich, zusätzlich zur Arbeitszeit an Infanteriewaffen und im Gelände.

Die Waffen der Kampfgruppen, zu denen auch mittelschwere Infanterie-Begleitwaffen kommen (Schützen-Panzerwagen, schweres MG, schwere Granatwerfer, Pak), werden von der Vopo aufbewahrt.<<

29.11.1956

DDR: Das ZK der SED läßt Regimekritiker (Harich und andere "Abweichler") verhaften.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Abweichungen" in der SBZ (x009/10): >>Stehender Begriff des Parteijargons für Auffassungen, die nicht der als "Generallinie" vom ZK der KPdSU in Moskau bzw. von den periodisch durchgeführten Konferenzen und Führungen der bolschewistischen Parteien verkündeten Lehre des Marxismus-Leninismus und ihrer häufig wechselnden Auslegung entsprechen: sie werden seit Lenin auf das schärfste bekämpft. Abweichungen gelten nicht nur als Verstoß gegen die Parteidisziplin, sondern auch als Verrat am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklassen, die den Interessen des Volkes gleichgesetzt werden.

Je nachdem, ob die Abweichungen, gemessen an der jeweils "gültigen Parteilinie", zum Radikalismus oder zur Mäßigung bzw. zum Ausgleich mit den Gegnern neigen, werden sie als Linksabweichungen oder Rechtsabweichungen gebrandmarkt. Zur Bekämpfung aller Abweichungen wird immer wieder die revolutionäre Wachsamkeit der Parteimitglieder gefordert. Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien werden in leichten Fällen durch das Verfahren der Kritik und Selbstkritik ausgemerzt.

In schweren Fällen, und wenn die Betroffenen nicht widerrufen, ist Parteiausschluß die Folge; außerdem (wenigstens bis zum XX. Parteitag der KPdSU von 1956) gegebenenfalls gesellschaftliche Vernichtung in Zwangsarbeitslagern oder Liquidierung mit oder ohne Gerichtsverfahren.<<

11.12.1956

DDR: Der Minister für Volksbildung erläßt am 11. Dezember 1956 eine Anordnung über die Errichtung von Jugendwerkhöfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendwerkhöfe in der SBZ (x009/203): >>Angeblich neue Form von Zwangserziehungsheimen, geht auf den Gedanken und Versuche des sowjetischen Pädagogen Makarenko zurück.

In der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den Jugendwerkhöfen, die der Minister für Volksbildung am 11.12.1956 erlassen hat, werden Jugendwerkhöfe als "Erziehungseinrichtungen" bezeichnet, "in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewußten Bürgern der DDR erzogen" und mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt werden.

Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in Jugendwerkhöfe nicht in Frage. Vorzeitige Entlassung aus Jugendwerkhöfen erfolgt nur bei Meldung zur Nationalen Volksarmee.<< Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Heimerziehung in der SBZ (x009/177): >>Die Heimerziehung hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen. ... Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler gibt es Jugendwerkhöfe. ...

Die Einweisung in Jugendwerkhöfe erfolgt auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder werden vom Rat des Kreises angeordnet. ...<<

20.12.1956

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen im Bezirk Pantschowa, Banat – Erlebnisbericht des Johann W. (x006/592): >>Die UDB (Abteilung der Staatssicherheit) interessierte sich für meinen Fall.

Ich wurde verdächtigt, daß ich mich als Deutscher in die Flugzeugfabrik eingeschlichen hätte, um Sabotageaktionen zu organisieren usw. Tag für Tag mußte ich zum Verhör. Im Dezember 1956 verlor ich meine Arbeit als Gruppenleiter und mußte die Fabrik verlassen.

Danach fand ich auch weiterhin keine Ruhe mehr. Nachts mußte ich immer zu den Verhören der UDB und wurde ständig überwacht. ... Drohungen und Grobheiten waren an der Tagesordnung. ...

Dieser Zustand dauerte bis zum 1.2.1958. An diesem Tag erhielt ich meinen Reisepaß für die Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland.<<

31.12.1956

DDR: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

1957

>>Aus Unrecht entsteht kein Recht.<< (Römischer Rechtsgrundsatz)
--

01.01.1957

DDR: Ab 1. Januar 1957 wird die Handelsabgabe eingeführt. Die Handelsabgabe entspricht dem sowjetischen Steuersystem ("Instrument des Klassenkampfes").

BRD: Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

17.01.1957

DDR: Die Volkskammer beschließt am 17.1.1957 das "Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen" und das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Gesetze (x009/93): >>... Bei der Propagierung der "Neuen Ordnungen" für die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe verzichtet die SED auf die Tarnformel "Demokratisierung".<<

30.01.1957

DDR: Walter Ulbricht fordert auf der 30. Tagung des ZK der SED, die DDR als gleichberechtigten deutschen Staat anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Forderung nach "Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung" (x009/407): >>Den Sinn dieses Vorschlages legte Ulbricht am 30.1.1957 (auf der 30. Tagung des ZK der SED) dar: Wenn, so sagte er, in Westdeutschland durch Niederlage der Regierungspartei und Stärkung des Aktionswillens der Arbeiterklasse eine neue Lage geschaffen wird, dann ist es möglich, zu einer Vereinbarung beider deutscher Regierungen zu kommen, ... einen Gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, zu bilden.

Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden ... Der Gesamtdeutsche Rat würde die Funktionen einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben und Maßnahmen vorbereiten, wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung.

Das heißt, die SBZ, die mit dem Sowjetsektor Berlins nur etwa 17 Millionen Einwohner hat, will in der Konföderation ebenso stark vertreten sein wie die Bundesrepublik, die mit West-Berlin schon 1957 rund 52 Millionen zählte.

Augenscheinlich verspricht sich die SED von der Errichtung einer paritätisch gebildeten Staatenbunds-Regierung Aussichten für die getarnte Vorbereitung eines Bürgerkrieges, in dem die bewaffneten Kräfte der DDR zur Geltung kommen. Beide Teile Deutschlands wären ja von fremden Truppen zu räumen, was den Westen schwerstens benachteiligen würde.<<

31.01.1957

BRD: Bundesaußenminister von Brentano sagt in der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen. Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann.<<

02.02.1957

Österreich: Die österreichische Regierung verbietet am 2. Februar 1957 den kommunistisch gelenkten Weltfriedensrat.

10.03.1957

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet über den "Aufschwung-Mann" Ludwig Erhard: >>Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse: "Wir sind ins Schlittern gekommen, weil wir die richtigen Maße verloren haben und drauf und dran sind, die Volkswirtschaft zu überfordern."

Er fordert maßhalten bei Tarifbeschlüssen - und die Spirale von Preiserhöhungen, die unweigerlich neue Lohnforderungen nach sich zieht, müsse ein Ende haben. ...<<

25.03.1957

Italien: In Rom werden die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

27.03.1957

Indien: Der polnische Ministerpräsident sagt während einer Pressekonferenz in Delhi (x125/-181): >>... Ich möchte hinzufügen, daß wir jetzt nicht unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland grenzen, sondern an die Deutsche Demokratische Republik, die unsere Westgrenzen völlig anerkannt hat. Wir können uns keine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen, die diese Tatsache streicht. ... <<

25.04.1957

DDR: Während der 16. Tagung des FDJ-Zentralrates am 25. April 1957 betont der Zentralrat, daß die FDJ die führende sozialistische Jugendorganisation der DDR ist.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die FDJ (x009/124):

>>... Eine Massenorganisation der SED, lange Zeit überparteilich getarnt. ...

Seit 1945 traten die Jugendfunktionäre der KPD als "FDJ" (Abkürzung für Freie Deutsche Jugend) auf. ...

War auch die FDJ anfangs überparteilich, so waren doch die Schlüsselstellungen von Anfang an mit KP/SED-Mitgliedern besetzt. Schon seit Beginn des 1. FDJ-Schuljahres 1951 wird die FDJ auf den Marxismus-Leninismus gemäß der geltenden Parteilinie der SED ausgerichtet.

Seit Beginn des Aufbaus der Kasernierten Volkspolizei ist die FDJ ihr wohl ergiebigstes Rekrutierungsfeld. Dies gilt noch stärker gegenüber der Nationalen Volksarmee und der Gesellschaft für Sport und Technik. Über die Betriebs-, Verwaltungs-, Schul- und Hochschulgruppen usw. der FDJ kontrolliert die SED die Jugend in diesen Bereichen. Für größere Schulen sind, um die Leitung zu straffen, Zentrale Schulgruppenleitungen (ZSGL) eingesetzt.<<